

Frau Mathilde Crevoisier Crelier
Präsidentin Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur WBK-S
Mail: familienfragen@bsv.admin.ch
3000 Bern

Basel / Lausanne 11. Juni 2024

**Stellungnahme zu
21.403 n Pa. Iv. WBK-Nr. Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung**

Sehr geehrter Frau Crevoisier Crelier
sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Verband für Frauenrechte SVF-ADF setzt sich für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein und nimmt daher gerne Stellung zur Vernehmlassung bezüglich der familienergänzenden Kinderbetreuung.

Bekanntlich sind es noch immer die Mütter und nicht die Väter, welche in der Schweiz bei der Geburt ihrer Kinder ihre beruflichen Ziele zugunsten des Familiennachwuchses zurückstecken oder ganz aufgeben müssen, um ihre Kinder zu betreuen. Bei diesem Familienmodell werden vor allem die Frauen, benachteiligt, sei es bei ihrem Erwerbseinkommen, sei es bei der Altersvorsorge.

SVF-ADF will diese traditionellen Rollenstereotypen aufheben und engagiert sich für öffentliche bezahlbare Kinderkrippen und Tagesschulen in der ganzen Schweiz. Damit wird beiden Elternteilen gleichermaßen ermöglicht, ihren Beruf auszuüben und eine adäquate Altersvorsorge aufzubauen.

Die Anstossfinanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung beruht auf langjährigen, positiven Erfahrungen. Es ist höchste Zeit, dass sie gesetzlich verankert wird. In diesem Sinne hat sich der Bundesrat in seiner Vorlage wie auch später der Nationalrat deutlich für eine Finanzierung durch die öffentliche Hand ausgesprochen, wohl im Bewusstsein, dass sich eine erhöhte Erwerbstätigkeit der Frauen auch wirtschaftlich lohnt. Denn diese trägt massgeblich dazu bei, den aktuell herrschenden Fachkräftemangel zu beheben und erhöht zudem die Steuereinnahmen.

SVF-ADF weist die Vorschläge der WBK-S zurück und unterstützt die Position des Nationalrates.

Dass die WBK-S als sogenannte Sparmassnahme neu die ganze Finanzierung auf die Arbeitgeber und letztlich auf die Arbeitnehmer/innen abwälzen will, ist für SVF-ADF inakzeptabel. Damit wäre es vom Goodwill einzelner öffentlicher Institutionen und privater Unternehmen abhängig, ob junge Eltern für ihre Kinder einen Betreuungsplatz erhalten oder nicht. Zudem bliebe dies für die meisten Firmen in der Schweiz, namentlich die KMUs, unerschwinglich.

Ähnlich verhält es sich mit den von der WBK-S vorgeschlagenen erhöhten Familienzulagen für alle Familien. Diese würden einen enormen zusätzlichen administrativen Aufwand für Bund und Kantone verursachen.

Mit den beiden Vorschlägen der WBK-S würde das traditionelle Familienmodell weiter zementiert – und dabei die jungen Mütter vermehrt benachteiligt.
Das kann SVF-ADF niemals akzeptieren.

Gerne verweisen wir auf die detaillierte Stellungnahme der Organisation **NGO Koordination post Beijing**. SVF-ADF ist in jeder Hinsicht mit deren Überlegungen einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
Schweizerischer Verband für Frauenrechte SVF-ADF Suisse



Ursula Nakamura-Stoeklin
Vorstand



Martine Gagnebin
Präsidentin